



**Amandine Clavaud**

# Die Covid-Pandemie in Frankreich

Eine Bewährungsprobe für Frauenrechte

**EUROPA**

**FRIEDRICH  
EBERT   
STIFTUNG**

## EUROPA

### Europa braucht Soziale Demokratie!

In welchem Europa wollen wir leben? Wie können wir unsere europäischen Träume von Freiheit, Frieden und Demokratie auch gegen innere und äußere Widerstände verwirklichen? Wie können wir die Soziale Demokratie stark in Europa positionieren? Diesen Fragen widmet sich die Friedrich-Ebert-Stiftung in ihrer Reihe „Politik für Europa“. Wir zeigen, dass die europäische Integration demokratisch, wirtschaftlich sozial und außenpolitisch zuverlässig gestaltet werden kann und muss!

Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Demokratisches Europa
- Sozial-ökologische Transformation
- Zukunft der Arbeit
- Frieden und Sicherheit

In Veröffentlichungen und Veranstaltungen greifen wir diese Themen auf.

Wir geben Impulse und beraten Entscheidungsträger\_innen aus Politik und Gewerkschaften. Wir treiben die Debatte zur Zukunft Europas voran und legen konkrete Vorschläge zur Gestaltung der zentralen Politikfelder vor. Wir wollen diese Debatte mit Ihnen führen in unserer Reihe „Politik für Europa“!

### Über diese Publikation

Diese Studie analysiert die Auswirkungen der Covid-Pandemie auf die Situation von Frauen in Frankreich: Zunahme der häuslichen und innerfamiliären Gewalt, erschwerter Zugang zu Verhütungsmitteln und begrenzte Möglichkeiten zur Abtreibung, fehlende Anerkennung der an vorderster Front stehenden Beschäftigten in den Pflegeberufen, Gefährdung von Arbeitsplätzen, negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit und mangelnde Vertretung von Frauen in den Entscheidungsgremien des Krisenmanagements. Auch wenn die öffentliche Hand mit verschiedenen Maßnahmen auf die Pandemie reagiert hat, blieben diese gemessen an den dringenden Bedürfnissen der Frauen unzureichend. Auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene wurden die unmittelbaren Auswirkungen schließlich nach und nach von den langfristigen Folgen überlagert, durch die die strukturellen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in der Gesellschaft weiter vertieft wurden. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, können verschiedene Hebel in Bewegung gesetzt werden, wie z. B. die Erhebung von geschlechtsspezifischen Daten, die Erhöhung der öffentlichen Mittel zum Schutz der Frauenrechte oder auch die "Gleichstellungskonditionalität", um die Genderdimension in allen Politikbereichen zu berücksichtigen.

### Über die Autorin

**Amandine Clavaud** ist Direktorin der Beobachtungsstelle für Gleichberechtigung bei der Jean-Jaurès-Stiftung und Autorin von *Droits des femmes : le grand recul ? À l'épreuve de la crise sanitaire en Europe*, Éditions de l'Aube, Fondation Jean-Jaurès, Fondation européenne d'études progressistes, 3. März 2022.

### Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

**Dr. Thomas Manz**, Leiter der FES Paris.

Amandine Clavaud

# Die Covid-Pandemie in Frankreich

## Eine Bewährungsprobe für Frauenrechte

**Mehr als zwei Jahre nach dem Beginn der Corona-Pandemie zeigen alle Indikatoren eindeutig, wie umfassend die Auswirkungen der Pandemie auf die Rechte der Frauen in Frankreich waren: Zunahme der häuslichen und innerfamiliären Gewalt, erschwerter Zugang zu Verhütungsmitteln und begrenzte Möglichkeiten zur Abtreibung, fehlende Anerkennung der an vorderster Front stehenden Beschäftigten in den Pflegeberufen, Gefährdung von Arbeitsplätzen, negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit und mangelnde Vertretung von Frauen in den Entscheidungsgremien des Krisenmanagements. Die Politik hat zwar einzelne Gegenmaßnahmen ergriffen, doch die Reaktion auf die vollkommen neuartige Pandemie war zum Teil unangemessen und hat den dringenden Bedürfnissen der Frauen nicht ausreichend Rechnung getragen. Auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene wurden die unmittelbaren Auswirkungen schließlich nach und nach von den langfristigen Folgen verdrängt, was die strukturellen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in der Gesellschaft weiter vertieft hat. Schon jetzt können wir sagen, dass die Frauen in den kommenden Jahren die Hauptlast der Krise tragen werden.**

### RÜCKBLICK AUF DIE LOCKDOWNS UND EINSCHRÄNKUNGEN

Wie in anderen europäischen Ländern gab es auch in Frankreich in den Jahren 2020 und 2021 drei aufeinanderfolgende Lockdowns. Der erste Lockdown, der vom 17. März bis zum 11. Mai 2020 von Präsident Emmanuel Macron verhängt worden war, enthielt das Verbot, sich ohne Bescheinigung weiter als einen Kilometer vom Wohnsitz zu entfernen, die Schließung aller Geschäfte, mit Ausnahme der „essenziellen“ (Lebensmittel und Grundversorgung), die Schließung von Restaurants, Bars und kulturellen Einrichtungen sowie die Schließung von Schulen und Universitäten, die erst am 22. Juni, kurz vor Beginn der Sommerferien, wieder geöffnet wurden.

Als im Herbst die zweite Welle einsetzte, wurde am 17. Oktober 2020 eine Ausgangssperre ab 21 Uhr verhängt, was jedoch erst der Auftakt zum zweiten Lockdown war. Dieser begann am 29. Oktober und schrieb dieselben Regeln vor

wie der erste – mit dem Unterschied, dass die Schulen und Universitäten geöffnet blieben, allerdings mit einer Mischung aus geteilten Klassen sowie Präsenz- und Distanzunterricht für die Oberstufe. Dieser zweite Lockdown endete am 15. Dezember 2020.

Von Januar bis Juni 2021 galt dann eine Ausgangssperre, die zunächst nur bis zum 16. Januar andauern sollte und auf 20 Uhr festgesetzt war. Diese wurde später bis zum 20. März auf 18 Uhr und anschließend bis zum 19. Mai auf 19 Uhr verschoben, dann erneut bis zum 9. Juni auf 21 Uhr und schließlich bis zum 20. Juni, dem Ende des Lockdowns, auf 23 Uhr. In diesem Zeitraum wurde zudem ein dritter, „hybrider“ Lockdown vom 3. April bis zum 3. Mai verhängt, in dem man seine Region nicht verlassen durfte, die Schulferien in allen Landesteilen zusammengelegt wurden und eine Woche lang Distanzunterricht stattfand.

Alle diese Maßnahmen umfassten sowohl Reisebeschränkungen zwischen den Departements und/oder Regionen, eine Homeoffice-Pflicht in dafür geeigneten Berufen, die Schließung und Wiedereröffnung von Geschäften entsprechend der Entwicklung der pandemischen Lage als auch Obergrenzen für Besucherzahlen an bestimmten Orten. Zusätzlich wurde die Impfkampagne organisiert und der Impfpass bzw. später der Gesundheitspass eingeführt. Doch wie wirkten sich die Pandemie und die unterschiedlichen zu ihrer Eindämmung ergriffenen Maßnahmen auf die Rechte der Frauen aus?

### BEISPIELLOSER ANSTIEG HÄUSLICHER UND INNERFAMILIÄRER GEWALT

Gleich mit Beginn der weltweit verhängten Lockdowns stiegen überall die gemeldeten Fälle häuslicher und innerfamiliärer Gewalt exponentiell an, sodass sogar der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, von einer „Schattenpandemie“ sprach. Am Vortag des ersten Lockdowns in Frankreich im März 2020 veröffentlichte die damalige Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Bekämpfung von Diskriminierung, Marlène Schiappa, eine Erklärung, in der sie mahnte, dass „die derzeitige Krise und der häusliche Lockdown einen Nährboden für häusliche Gewalt bilden könnten“, und daran erinnerte, dass „die sogenannte Verweigerung des gewalt-

tätigen Ehepartners aus der gemeinsam genutzten Wohnung die Regel sein müsse“.<sup>1</sup>

Zu Beginn des Lockdowns verzeichnete die landesweite anonyme und kostenlose Hotline 3919, betrieben von der Fédération nationale Solidarité Femmes (FNSF), einem Netzwerk von 73 Hilfsorganisationen, die weibliche Opfer von häuslicher Gewalt an lokale Anlaufstellen und Notunterkünfte weiterleiten, einen „drastischen Rückgang der Anruferzahlen“, wie aus einer gemeinsamen Erklärung von Staatssekretärin Marlène Schiappa und ihrer italienischen Amtskollegin Elena Bonetti hervorging. Und zwar aus gutem Grund: Wie soll man um Hilfe rufen, wenn man sich mit seinem Angreifer hinter verschlossenen Türen befindet?

Doch sehr schnell beobachteten die FNSF und die Verbände vor Ort einen nie dagewesenen Zuwachs an Anrufen auf der landesweiten Hotline sowie an Hilfsersuchen. Gleichzeitig mussten sie sich intern neu organisieren, da die Bewegungsfreiheit eingeschränkt war, die betroffenen Mitarbeiter\_innen Schutzmaßnahmen ergreifen mussten<sup>2</sup> und zum Teil weniger Mitarbeiter\_innen zur Verfügung standen, da einige sich mit Corona angesteckt hatten oder Risikopatient\_innen waren. Die FNSF wies in einer Erklärung darauf hin, dass „die Anrufzentrale [...] auf Mobiltelefone umgestellt worden“ sei, um von Montag bis Samstag von 9 bis 19 Uhr erreichbar zu sein.<sup>3</sup>

Die Zunahme der Gewalt war unverkennbar: Ende März 2020 wurde bei der Polizeipräfektur von Paris innerhalb einer Woche ein Anstieg der Meldungen wegen häuslicher Gewalt um 36 Prozent festgestellt; bei der Gendarmerie betrug der Anstieg 32 Prozent. Gleiches belegen auf nationaler Ebene die Zahlen des Innenministeriums: Die Regierungsplattform [arretonslesviolences.gouv.fr](https://arretonslesviolences.gouv.fr) verzeichnete 2020 einen Anstieg der Meldungen um 40 Prozent im ersten und um 60 Prozent im zweiten Lockdown. Die Hotline der FNSF bearbeitete 2020 insgesamt 164.957 Anrufe, was einem Anstieg um mehr als 70 Prozent im Vergleich zu 2019 entspricht.<sup>4</sup> Die Zahl der Anrufe wegen häuslicher Gewalt stieg um fast 20 Prozent.<sup>5</sup> Und wenn von häuslicher Gewalt die Rede ist, ist damit – leider – auch innerfamiliäre Gewalt gemeint. Vier von fünf Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt werden, haben mindestens ein Kind (83 %): Fast 20.000 Kinder sollen von dieser Gewalt betroffen gewesen sein.<sup>6</sup> Die Abteilung des Innenministeriums für Statistiken zur inneren Sicherheit (Service statistique ministériel de la sécurité intérieure, SSMSI) berichtet, dass es neun Prozent mehr Anzeigen wegen inner

familiärer Gewalt gegeben hat – auch dies entspricht einem Aufwärtstrend seit 2018 (+ 10 %) bzw. 2019 (+ 14 %).<sup>7</sup>

Angesichts dieser dramatischen Situation mussten die Behörden die herkömmlichen Meldeverfahren um neue ergänzen, welche die Kontrolle der gewalttätigen Ehepartner umgehen. Über mehrere Wege konnten Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind, die Polizei alarmieren – sei es in Apotheken über einen Alarmcode (indem sie eine „Maske 19“ verlangen), damit die Fachkraft den Alarm auslöst,<sup>8</sup> sei es über Anlaufstellen in Einkaufszentren<sup>9</sup> oder per SMS an die Nummer 114.<sup>10</sup> Ergänzend zu diesen Maßnahmen wurden 20.000 Unterbringungsmöglichkeiten in Hotels bereitgestellt und eine zusätzliche Finanzierung in Höhe von einer Million Euro für Frauenrechtsorganisationen angekündigt. Um der deutlich gewordenen und durch die Pandemie noch verschärften Not zu begegnen, wurden 2021 als Ergebnis eines „Runden Tisches“ zum Thema häusliche Gewalt die Telefonzeiten der 3919-Hotline ausgeweitet. Ab Mai 2021 war sie werktags rund um die Uhr und am Wochenende von 9 bis 18 Uhr erreichbar und ab August schließlich an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr.<sup>11</sup>

Die wiederholten Lockdowns, die zu einer Zunahme sexueller und sexualisierter Gewalt geführt haben, haben die auch schon zuvor bestehenden Versäumnisse der Politik noch stärker hervorgehoben. Gleichzeitig wurden Fragen nach der Ausbildung des Personals der beteiligten Instanzen aufgeworfen, nach der Anzahl der verfügbaren Notunterkünfte und der staatlichen Finanzierung in diesem Bereich sowie insbesondere der Frauenrechtsorganisationen, die den Großteil der Arbeit übernehmen. Obwohl man sich darum bemüht hat, die Zahl der Notunterkünfte zu erhöhen – bis Dezember 2021 standen 7.820 Plätze<sup>12</sup> und ein Budget von 83 Millionen Euro zur Verfügung –, bekommen auch heute noch etwa vier von zehn der von Gewalt betroffenen Frauen keine

<sup>1</sup> Pressemitteilung, Staatssekretariat für Gleichstellung von Frauen und Männern und Bekämpfung von Diskriminierung, 16. März 2020.

<sup>2</sup> Es sei daran erinnert, dass Frankreich in den ersten Monaten der Pandemie nicht über ausreichend Masken verfügte.

<sup>3</sup> Pressemitteilung der Fédération nationale Solidarité Femmes vom, 22. März 2020.

<sup>4</sup> Vgl. Fédération nationale Solidarité Femmes (2021): „Observatoire des violences conjugales 2021: Extrait de l'analyse globale des données issues des appels au 3919 – Violences Femmes Info. Année 2020“, November 2021, S. 2.

<sup>5</sup> Vgl. ebd.

<sup>6</sup> Vgl. ebd. S.6

<sup>7</sup> Vgl. Service statistique ministériel de la sécurité intérieure (2021): „In-sécurité et délinquance en 2020“, 29. April 2021.

<sup>8</sup> Vgl. Le Monde / Reuters (2020): „Confinement : les violences conjugales en hausse, un dispositif d'alerte mis en place dans les pharmacies“, in: Le Monde, 27. März 2020; [https://www.lemonde.fr/societe/article/2020/03/27/confinement-un-dispositif-d-alerte-dans-les-pharmacies-pour-les-femmes-violentees\\_6034583\\_3224.html](https://www.lemonde.fr/societe/article/2020/03/27/confinement-un-dispositif-d-alerte-dans-les-pharmacies-pour-les-femmes-violentees_6034583_3224.html).

<sup>9</sup> Vgl. Christine Mateus (2020): „Violences conjugales : Marlène Schiappa annonce des points d'accueil dans les centres commerciaux“, Le Parisien, 28. März 2020; <https://www.leparisien.fr/societe/violences-conjugales-marlene-schiappa-annonce-des-points-d-accueil-dans-les-centres-commerciaux-28-03-2020-8289900.php>.

<sup>10</sup> Vgl. Winny Claret (2020): „Le 114, un numéro d'alerte par SMS contre les violences conjugales pendant le confinement“, in: France Bleu, 1. April 2020; <https://www.francebleu.fr/infos/societe/le-114-un-numero-d-alerte-par-sms-contre-les-violences-conjugales-pendant-le-confinement-1585716892>.

<sup>11</sup> Vgl. Marlène Thomas (2021): „Violences faites aux femmes : le 3919 disponible 24h/24 en semaine“, Libération, 25. Mai 2021; [https://www.liberation.fr/societe/droits-des-femmes/violences-faites-aux-femmes-le-3919-va-enfin-pouvoir-etendre-ses-horaires-20210525\\_XJKHURDJ2TD4CEQABAGRRUI/?redirected=1&redirected=1](https://www.liberation.fr/societe/droits-des-femmes/violences-faites-aux-femmes-le-3919-va-enfin-pouvoir-etendre-ses-horaires-20210525_XJKHURDJ2TD4CEQABAGRRUI/?redirected=1&redirected=1).

<sup>12</sup> Die Regierung von Emmanuel Macron hat sich verpflichtet, bis Ende 2022 die Zahl der Notunterkunftplätze für Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, auf 9.000 zu erhöhen. Vgl. Pressemitteilung „Réunion du comité de suivi du Grenelle des violences conjugales“, 11. Januar 2022; <https://www.egalite-femmes-hommes.gouv.fr/cp-comite-de-suivi-du-grenelle-11-01-2022/>.

Unterkunftsmöglichkeit angeboten, wie ein Bericht der Fondation des femmes und der Fédération nationale Solidarité - Femmes beklagt.<sup>13</sup>

Im Zuge der #MeToo-Bewegung ist die Nachfrage nach Betreuung und Unterstützung von Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind, auch jenseits der Lockdown-Phasen gewachsen. 2021 stieg die Zahl der Fälle von sexueller Gewalt um 33 Prozent, was mit den Zuwächsen in den Vorjahren vergleichbar ist. Übrigens beinhaltet dieser Wert einen hohen Anteil an Vorfällen, die sich schon vor 2021 ereignet haben.

Obwohl die Zahl der Frauenmorde 2020 in Frankreich zurückging, stieg sie im Jahr darauf nach der Aufhebung der pandemiebedingten Beschränkungen wieder an. Häufig werden Frauenmorde während oder nach einer Trennung begangen. 2019 wurden 146 Frauenmorde verübt, 2020 waren es 102 und 2021 wurden 122 Frauen von ihren Partnern oder Ex-Partnern ermordet.<sup>14</sup> Die Herausforderungen im Kampf gegen sexualisierte und sexuelle Gewalt sind also enorm, und dies erst recht im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie; die Instanzen für die Unterstützung der Opfer stehen entsprechend unter enormen Druck.

## VIELFÄLTIGE GEFÄHRDUNGEN FÜR DIE GESUNDHEIT VON FRAUEN

Die Lockdowns hatten unterschiedliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Frauen: Zunächst verringerte sich die Zahl der Besuche von medizinischen Einrichtungen aufgrund der eingeschränkten Bewegungsfreiheit. Die Zahl der Terminvereinbarungen bei Haus- und Fachärzten ist erheblich zurückgegangen. Frauen – die bereits vor der Pandemie häufiger auf medizinische Versorgung verzichteten – haben während der Corona-Pandemie noch seltener einen Arzt aufgesucht: „64 Prozent der Frauen geben an, auf eine benötigte medizinische Maßnahme verzichtet zu haben, aber nur 53 Prozent der Männer.“<sup>15</sup> Dies kann mehrere Gründe haben: die Schließung einiger Arztpraxen und Gesundheitszentren, die Angst vor Ansteckung sowie die Sorge, das Gesundheitspersonal zu überlasten, wie es in der Stellungnahme des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrats von Dominique Joseph und Olga Trostiansky „Pandemie und Geschlechterungleichheit“ vom März 2021 heißt.

Obwohl Männer hinsichtlich Ansteckung, Krankenhauseinweisungen und Sterblichkeit stärker vom Virus betroffen waren, waren Frauen dem Virus dennoch weit häufiger ausge-

setzt, da sie mehrheitlich in Berufen tätig sind, die nur in Präsenz ausgeübt werden können, insbesondere in Berufen, die mit der Pflege und der Betreuung von Menschen zu tun haben. Laut einem Bericht des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (European Institute for Gender Equality, EIGE) betrafen im April 2021 72 Prozent der Ansteckungsfälle im weltweiten Gesundheitspersonal Frauen.<sup>16</sup> In Frankreich sind 78 Prozent der Beschäftigten in staatlichen Krankenhäusern Frauen, darunter fast 90 Prozent der Krankenpfleger\_innen und Pflegehelfer\_innen sowie 89 Prozent der Beschäftigten in Pflegeheimen.<sup>17</sup> Auch in den Grundschulen sind Frauen mit 82 Prozent überdurchschnittlich häufig vertreten. Und schließlich sind 80 bis 90 Prozent des Kassenpersonals in Geschäften Frauen.<sup>18</sup>

Corona hat zu Umstrukturierungen im Gesundheitswesen und damit zu längeren Wartezeiten für Termine geführt, da das Pflegepersonal oft zur Verstärkung in die speziellen Covid-19-Stationen abgestellt worden ist oder sich zum Teil selbst mit dem Virus infizierte bzw. unter Quarantäne gestellt wurde.

Auch die Einrichtungen für Familienplanung blieben nicht verschont, da aufgrund der Pandemie bestimmte Aufnahme- und Behandlungsabläufe geändert werden mussten, was zulasten der Gesundheit und des Wohlergehens der Frauen ging – zumal zu Beginn der Pandemie noch wenig über das Virus bekannt war. Einige Krankenhäuser erlaubten keine Begleitpersonen für Frauen bei der Entbindung,<sup>19</sup> obwohl dies im Widerspruch zu den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) steht, die bekräftigt hatte, dass jede Frau das Recht auf eine sichere Entbindung haben muss, einschließlich der Anwesenheit einer Person ihrer Wahl.

Neben der Versorgung von Frauen bei der Entbindung hat die Pandemie auch den Zugang zu Verhütungsmitteln und das Recht auf Abtreibung beeinträchtigt. Ab dem 15. März 2020 konnten Frauen daher auf Beschluss des Gesundheitsministeriums und des Staatssekretariats für die Gleichstellung von Frauen und Männern „die Antibabypille mit einer früheren Verordnung direkt in der Apotheke erhalten, ohne einen Arzt aufsuchen zu müssen“; dies galt auch für die Notfallverhütung. In dem Beschluss wurde außerdem betont, dass Schwangerschaftsabbrüche „als dringende Eingriffe angesehen“ werden, deren „Aufrechterhaltung gewährleistet sein muss“. Niedergelassene Ärzte und Hebammen wurden

<sup>13</sup> Vgl. Fondation des femmes / Fédération nationale Solidarité Femmes (2021): „Où est l'argent pour l'hébergement des femmes victimes de violences ?“, November 2021; <https://www.solidaritefemmes.org/assets/upload/Ou-est-largent-Rapport-FdF-x-FNSF.pdf>.

<sup>14</sup> „Étude nationale sur les morts violentes au sein du couple en 2021“, ministère de l'Intérieur, 26. August 2022.

<sup>15</sup> Dominique Joseph / Olga Trostiansky (2021): „Crise sanitaire et inégalités de genre“, hrsg. v. Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat, in: Journal officiel de la République française, März 2021, [https://www.leges.fr/sites/default/files/pdf/Avis/2021/2021\\_11\\_crise\\_sanitaire\\_inegalites\\_genre.pdf](https://www.leges.fr/sites/default/files/pdf/Avis/2021/2021_11_crise_sanitaire_inegalites_genre.pdf).

<sup>16</sup> European Institute for Gender Equality (2021): Gender Equality Index 2021: Health, 28. Oktober 2021, S. 124; <https://eige.europa.eu/publications/gender-equality-index-2021-health>.

<sup>17</sup> Vgl. Daten der Direction de la recherche, des études, de l'évaluation et des statistiques (Drees) zu Gesundheitsberufen (<https://drees.solidarites-sante.gouv.fr/IMG/pdf/rfas200501-art03.pdf>), insbesondere Krankenpflegern (<https://drees.solidarites-sante.gouv.fr/IMG/pdf/er759.pdf>) und Beschäftigten in Pflegeheimen (<https://drees.solidarites-sante.gouv.fr/IMG/pdf/infostat15mars.pdf>).

<sup>18</sup> Vgl. Raphaëlle Rérolle / Marie-Béatrice Baudet / Béatrice Gurrey / Annick Cojean (2020): „Coronavirus : dans toute la France, les caissières en première ligne“, in: Le Monde, 22. März 2020; [https://www.lemonde.fr/societe/article/2020/03/22/coronavirus-a-paris-comme-en-province-les-caissieres-de-france-en-premiere-ligne\\_6033993\\_3224.html](https://www.lemonde.fr/societe/article/2020/03/22/coronavirus-a-paris-comme-en-province-les-caissieres-de-france-en-premiere-ligne_6033993_3224.html).

<sup>19</sup> Vgl. ebd.

ermächtigt, einen medikamentösen Schwangerschaftsabbruch zu verschreiben, und es wurden Videosprechstunden eingeführt, um die Frauen, die einen solchen Abbruch vornehmen lassen wollten, zu betreuen.

Sehr schnell äußerten Frauenrechtsorganisationen, allen voran Le Planning Familial, ihre Besorgnis über die möglichen Auswirkungen der Pandemie auf den Zugang zu Verhütungsmitteln und die Möglichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen, da hier die Einhaltung von Fristen für eine gute Versorgung von entscheidender Bedeutung ist. Sarah Durocher, Co-Vorsitzende von Le Planning Familial, erklärte, dass die Organisation eine „steigende Anzahl von Anrufen auf der gebührenfreien Hotline der Regierung (0800 08 11 11)“ registriert habe.<sup>20</sup>

Die Pandemie und insbesondere der erste Lockdown haben zudem die Diskussion über die Frist für einen legalen Schwangerschaftsabbruch neu entfacht. Die Schließung der Grenzen aufgrund der Lockdowns und die damit verbundenen Reisebeschränkungen hinderten Frauen daran, in angrenzende Länder mit weniger restriktiven Gesetzen wie die Niederlande oder Spanien zu reisen, um einen Spätabbruch vornehmen zu lassen. Die gesetzliche Frist beträgt in Frankreich bislang zwölf Wochen. Jedes Jahr lassen jedoch 3.000 bis 4.000 Französinen einen Spätabbruch vornehmen.<sup>21</sup> Am 19. März 2020 brachten die Senator\_innen der Fraktion der Sozialistischen Partei (PS) im Senat unter Führung der ehemaligen Ministerin für Frauenrechte, Laurence Rossignol, einen Änderungsantrag ein, um die gesetzliche Frist für einen Schwangerschaftsabbruch um zwei Wochen zu verlängern und das Erfordernis einer zweiten Beratung für Minderjährige aufzuheben. Nachdem dieser Änderungsantrag abgelehnt worden war, setzte sich die Zivilgesellschaft jedoch hartnäckig für dieses Anliegen ein, unter anderem mit der Petition „Covid-19: Abtreibungen können nicht warten! Für ein Notstandsgesetz!“, die vom Kollektiv Abtreibung in Europa. Frauen entscheiden initiiert worden war, dem mehrere Frauenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und politische Parteien angehören; oder auch mit der Stellungnahme von über hundert Fachleuten für Schwangerschaftsabbrüche, unterstützt von Persönlichkeiten aus Politik und Kultur, die Sofortmaßnahmen forderten und sich bereit erklärten, sich notfalls über das Gesetz hinwegzusetzen.<sup>22</sup>

Im August 2020 brachte die fraktionslose Abgeordnete Albane Gaillot in der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf zur Ausweitung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch durch Verlängerung der Frist auf 14 Wochen und Abschaffung der doppelten Gewissensklausele ein. Nachdem auch dieser Entwurf im mehrheitlich konservativen Senat ab-

gelehnt worden war, blockierten ihn die Abgeordneten der Republikaner auch in der Nationalversammlung.<sup>23</sup> Der Entwurf wurde jedoch auf Initiative der Sozialisten erneut auf die Tagesordnung gesetzt und schließlich am 2. März 2022 verabschiedet. Das Gesetz sieht vor, die Frist für die Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs von 12 auf 14 Wochen zu verlängern, die Zuständigkeit für chirurgische Abbrüche auf Hebammen auszuweiten, die Frist für medikamentöse Abbrüche bei niedergelassenen Ärzten dauerhaft auf sieben Wochen zu verlängern, die zweitägige Bedenkzeit abzuschaffen und im französischen Gesetz über das öffentliche Gesundheitswesen zu verankern, dass die Verweigerung der Abgabe von Verhütungsmitteln durch Apotheker\_innen einen Verstoß gegen deren berufliche Pflichten darstellt.<sup>24</sup>

Obwohl der Staat also Maßnahmen ergriffen hat, um den Zugang zu Verhütungsmitteln zu erleichtern und das Recht auf Abtreibung zu gewährleisten, und dabei von einer engagierten Zivilgesellschaft unterstützt wurde, hat Corona die Gesundheit der Frauen beeinträchtigt, in einigen Fällen die bereits bestehenden geografischen Ungleichheiten im Gesundheitsbereich verstärkt und insbesondere für ärmere, in prekären Verhältnissen lebende sowie gesellschaftlich benachteiligte Frauen (Frauen und Mädchen in ländlichen Gebieten, LBTQI, Behinderte, Migrantinnen und Geflüchtete) oftmals eine kontinuierliche Versorgung unmöglich gemacht.<sup>25</sup>

## DIE WIRTSCHAFTLICHEN FOLGEN DER PANDEMIE TREFFEN BESONDERS FRAUEN

Der fast vollständige Stillstand der Wirtschaft während der Lockdowns hatte zu unmittelbaren Auswirkungen und wird zu anderen langfristigen Folgen für die Beschäftigungssituation von Frauen haben. Diese standen bei der Bewältigung der Corona-Krise an vorderster Front, denn sie stellen die Mehrheit der Beschäftigten beim Gesundheitspersonal, den Lehrkräften, den ambulanten Pflegekräften, beim Reinigungspersonal usw. Wie bereits erwähnt, liegt ihr Anteil in staatlichen Krankenhäusern bei 78 Prozent (bei Krankenpfleger\_innen und Pflegehelfer\_innen bei fast 90 Prozent), beim Personal in Altenheimen bei 89 Prozent,<sup>26</sup> in Grund-

<sup>20</sup> Interview mit Sarah Durocher (2020): „IVG pendant le confinement : une augmentation du nombre d'appels sur le numéro vert“, in: Europe 1, 16. April 2020; <https://www.europe1.fr/sante/ivg-pendant-le-confinement-une-augmentation-du-nombre-dappels-sur-le-numero-vert-3962312>.

<sup>21</sup> Vgl. Marie-Noëlle Battistel / Cécile Muschotti (2020): „Rapport d'information sur l'accès à l'interruption volontaire de grossesse (IVG)“, 16. September 2020; [https://www.assemblee-nationale.fr/dyn/15/rapports/ega/115b3343\\_rapport-information](https://www.assemblee-nationale.fr/dyn/15/rapports/ega/115b3343_rapport-information).

<sup>22</sup> Collectif (2020): „Il faut protéger les droits des femmes et maintenir l'accès à l'avortement“, in: Le Monde, 31. März 2020.

<sup>23</sup> Marlène Thomas (2021): „Proposition de loi sur l'IVG : LR fait de l'obstruction organisée“, in: Libération, 16. Februar 2021; [https://www.liberation.fr/societe/droits-des-femmes/proposition-de-loi-sur-livg-lr-fait-de-lobstruction-organisee-20210216\\_Q6O5KV2OYBE2DEFKMNPIXI6GUIQ/](https://www.liberation.fr/societe/droits-des-femmes/proposition-de-loi-sur-livg-lr-fait-de-lobstruction-organisee-20210216_Q6O5KV2OYBE2DEFKMNPIXI6GUIQ/).

<sup>24</sup> Vie publique (2022): Loi du 2 mars 2022 visant à renforcer le droit à l'avortement, 3. März 2022, <https://www.vie-publique.fr/loi/276586-loi-2-mars-2022-renforcer-droit-avortement-delai-porte-14-semaines>.

<sup>25</sup> Vgl. DSW / EPF / IPPF (2020): No lockdown for sexual and reproductive health and rights. How can the EU protect sexual and reproductive health rights in times of Covid-19?, European Parliamentary Forum for Sexual & Reproductive Rights; [https://www.epfweb.org/sites/default/files/2020-06/eu\\_protects\\_srhr\\_during\\_covid-19\\_epf-dsw-ippf.pdf](https://www.epfweb.org/sites/default/files/2020-06/eu_protects_srhr_during_covid-19_epf-dsw-ippf.pdf).

<sup>26</sup> Vgl. Daten der Direction de la recherche, des études, de l'évaluation et des statistiques (Drees) zu Gesundheitsberufen (<https://drees.solidarites-sante.gouv.fr/IMG/pdf/rfas200501-art03.pdf>), insbesondere Krankenpflegern (<https://drees.solidarites-sante.gouv.fr/IMG/pdf/er759.pdf>) und Beschäftigten in Pflegeheimen (<https://drees.solidarites-sante.gouv.fr/IMG/pdf/infostat15mars.pdf>).

schulen bei 82 Prozent und beim Kassenspersonal in Supermärkten zwischen 80 und 90 Prozent. Diese bisher kaum Aufmerksamkeit findenden Berufe wurden von der französischen Gesellschaft endlich als unverzichtbar wahrgenommen. Wie die Philosophin Sandra Laugier betonte: „Es ist etwas vollkommen Neues, Menschen Aufmerksamkeit zu schenken, deren dienende Tätigkeit man für selbstverständlich hielt, und deren Aufgabe für das Funktionieren unserer Gesellschaften heute zentral erscheint.“<sup>27</sup>

Doch obwohl die Pandemie gezeigt hat, dass diese Berufe für das reibungslose Funktionieren der Gesellschaft unverzichtbar sind, finden sie nach wie vor weder sozial noch über eine angemessene Entlohnung die ihnen gebührende Wertschätzung. 2018 wies das European Datalab darauf hin, dass das Gehalt von Krankenpfleger\_innen in Frankreich im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern unter dem Durchschnittsgehalt liege.<sup>28</sup> Und obwohl auf dem Krisentreffens des Gesundheitssektors (Ségur de la Santé) eine Aufstockung des Pflegepersonals beschlossen wurde, gehen den Pflegeberufen angesichts ihrer geringen Attraktivität und der hohen Belastung durch die Pandemie zahlreiche Beschäftigte verloren.

Die Stellungnahme des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrats Pandemie und Geschlechterungleichheit warnte vor der Gefahr, dass diese Berufe „in die Falle prekärer Arbeitsverhältnisse“ geraten könnten<sup>29</sup>: Denn sie werden schlechter bezahlt als andere Berufe und gehen häufig mit befristeten Arbeitsverträgen oder Teilzeit einher, obwohl sie zu einem großen Teil von alleinstehenden Frauen ausgeübt werden, die damit ihre Familien ernähren müssen.

Die in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht prekäre Lage der Frauen wurde durch die Pandemie noch weiter verschärft. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ist die Beschäftigungsquote von Frauen in Europa und Zentralasien um 2,5 Prozent gesunken – gegenüber 1,9 Prozent bei den Männern.<sup>30</sup> In Frankreich „arbeiteten von den Frauen, die am 1. März 2020 erwerbstätig waren, zwei Monate später nur noch zwei Drittel, während es bei den Männern drei Viertel waren“, wie eine Studie des Institut national d'études démographiques (Ined) ergab.<sup>31</sup> Die von der Regierung ein-

geführte Kurzarbeitsregelung, die es ermöglichte, dass sich während des ersten Lockdowns ein Elternteil um die Kinder kümmern konnte, führte dazu, dass „21 Prozent der Mütter, aber nur 12,1 Prozent der Väter aufhörten zu arbeiten“.<sup>32</sup>

Die Pandemie verstärkte somit die bestehenden Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in der Arbeitswelt und führte zu einer weiteren Verringerung der Einkommen von Frauen, die – über alle Arbeitszeitmodelle hinweg – ohnehin bereits um 28,5 Prozent niedriger als die der Männer waren. 41 Prozent der Frauen unter 65 Jahren gaben an, dass ihr Einkommen seit dem ersten Lockdown gesunken sei.<sup>33</sup> Dies gilt auch für die oberen sozioökonomischen Schichten, wie die französische Vermittlungsagentur für Führungskräfte (Agence pour l'emploi des Cadres, APEC) in ihrem jährlichen Gehaltsbarometer für leitende Angestellte bestätigte: Die Gehälter von Männern wurden stärker erhöht als die von Frauen.<sup>34</sup> Dieser Einkommensverlust der Frauen wird sich langfristig natürlich auch in geringeren Renten niederschlagen.

Zu der finanziellen Unsicherheit kommen noch die negativen Auswirkungen der Telearbeit hinzu: Auch darunter litten vor allem Frauen, da sie andere Bedingungen im Homeoffice vorfanden als Männer. „48 Prozent der Frauen im Homeoffice kümmerten sich nebenher um ein oder mehrere Kinder, aber nur 37 Prozent der Männer“ und „aufgrund ungünstiger Wohnbedingungen verfügten nur 25 Prozent der Frauen – aber 40 Prozent der Männer – für die Arbeit im Homeoffice über einen separaten Raum“, wie der Bericht der Fondation des femmes über die Auswirkungen von Corona auf die Beschäftigung von Frauen hervorhob.<sup>35</sup>

In dieser ohnehin schon ungleichen Situation kam noch eine weitere Benachteiligung für die Frauen hinzu: die Verantwortung für die Hausarbeit und die Schulaufgaben, die bei Paaren ungleich verteilt ist. Diese „mentale Belastung“<sup>36</sup> für die Frauen hat mit Corona weiter zugenommen. Eine von Harris Interactive im April 2020 – also während des ersten Lockdowns – durchgeführte Umfrage bestätigt diese ungleiche Verteilung bei Paaren. „Die Mehrheit der Frauen schätzt, dass sie mehr Zeit für Hausarbeit aufwenden als ihre Partner (58 %).“<sup>37</sup>

<sup>27</sup> Claire Legros (2020): „Le souci de l'autre, un retour de l'éthique du care“, in: *Le Monde*, 1. Mai 2020; [https://www.lemonde.fr/idees/article/2020/05/01/le-souci-de-l-autre-un-retour-de-l-ethique-du-care\\_6038332\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2020/05/01/le-souci-de-l-autre-un-retour-de-l-ethique-du-care_6038332_3232.html).

<sup>28</sup> Vgl. David Marguerit (2020): „Quel niveau de salaire pour les infirmières hospitalières en Europe ?“, in: *European Datalab*, 3. Dezember 2020; <https://www.european-datalab.com/quel-niveau-de-salaire-pour-les-infirmieres-hospitalieres-en-europe/>.

<sup>29</sup> Joseph / Trostiansky (2021), S. 32.

<sup>30</sup> Vgl. Internationale Arbeitsorganisation (2021): *Bâtir un avenir plus équitable: les droits des femmes au travail et en milieu de travail au cœur de la reprise post-Covid*, Note de synthèse, Juli 2021; [https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---gender/documents/publication/wcms\\_814505.pdf](https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---gender/documents/publication/wcms_814505.pdf).

<sup>31</sup> Vgl. Anne Lambert / Joanie Cayouette-Remblière / Élie Guéraud / Guillaume Le Roux / Catherine Bonvalet / Violaine Girard / Laetitia Langlois (2020): „Le travail et ses aménagements : ce que la pandémie de Covid-19 a changé pour les Français“, in: *Population Sociétés* 579, Juli 2020; [https://www.ined.fr/fichier/s\\_rubrique/30315/579-population.societes.juillet.2020.covid.travail.france.fr.pdf](https://www.ined.fr/fichier/s_rubrique/30315/579-population.societes.juillet.2020.covid.travail.france.fr.pdf).

<sup>32</sup> La Fondation des femmes (2021): *L'impact du Covid-19 sur l'emploi des femmes*, März 2021; [https://fondationdesfemmes.org/fdf-content/uploads/2021/06/rapport-fdf-2021\\_impact-du-covid-sur-l-emploi-des-femmes.pdf](https://fondationdesfemmes.org/fdf-content/uploads/2021/06/rapport-fdf-2021_impact-du-covid-sur-l-emploi-des-femmes.pdf).

<sup>33</sup> Vgl. Anne Lambert / Joanie Cayouette-Remblière / Elie Guéraud / Catherine Bonvalet / Violaine Girard / Guillaume Le Roux / Laetitia Langlois (2020): *Coronavirus et Confinement : Enquête longitudinale*, Note de synthèse, Nr. 9, Teil 11: „Logement, travail, voisinage et conditions de vie : ce que le confinement a changé pour les Français“, 11. Mai 2020; [https://www.ined.fr/fichier/rte/General/ACTUALITE/C3%89S/Covid19/COCONEL-note-synthese-vague-11\\_ined.pdf](https://www.ined.fr/fichier/rte/General/ACTUALITE/C3%89S/Covid19/COCONEL-note-synthese-vague-11_ined.pdf).

<sup>34</sup> Vgl. APEC (2021): *Baromètre de la rémunération des cadres*, 22. September 2021; <https://corporate.apec.fr/home/nos-etudes/toutes-nos-etudes/barometre-de-la-remuneration-des.html>.

<sup>35</sup> Vgl. La Fondation des femmes (2021), S. 25.

<sup>36</sup> Der Begriff ist in Frankreich insbesondere von der Zeichnerin Emma und ihrem Comic *Autre regard* (Verlag Massot, 2017) geprägt worden

<sup>37</sup> Jean-Daniel Lévy / Julien Potéreau / Anaïs Prunier (2020): *L'impact du confinement sur les inégalités femmes-hommes*, Harris interactive, April 2020; [https://harris-interactive.fr/opinion\\_polls/limpact-du-confinement-sur-les-inegalites-femmes-hommes/](https://harris-interactive.fr/opinion_polls/limpact-du-confinement-sur-les-inegalites-femmes-hommes/).

All diese Aspekte – finanzielle Unsicherheit, mentale Belastung, beängstigende pandemische Lage – haben zu einem Anstieg der psychosozialen Risiken geführt. In der von der Jean-Jaurès-Stiftung und der Gewerkschaft CFDT (Confédération française démocratique du travail) durchgeführten Studie *La société fatiguée* wurden die Franzosen nach ihrer Stimmungslage gefragt: 26,5 Prozent der Frauen unter 35 Jahren bezeichneten sich als „erschöpft“, was zehn Prozentpunkte über dem landesweiten Durchschnitt und zwölf Prozentpunkte über dem der Männer lag.<sup>38</sup> Diese Erschöpfung und zunehmende Niedergeschlagenheit der Frauen war besonders nach dem zweiten Lockdown Ende 2020 zu beobachten: „58 Prozent der weiblichen Beschäftigten gaben an, unter einer psychischen Belastung zu leiden.“<sup>39</sup> Diese psychische Anfälligkeit, die bis hin zu Angst- und Schlafstörungen, Burnout und Depressionen reichte, betraf insbesondere Frauen in Pflegeberufen und Studentinnen.

Die Regierung hat sich des Themas psychische Gesundheit angenommen, indem sie die Möglichkeit einer kostenlosen Inanspruchnahme von Sitzungen bei Psycholog\_innen eingeführt hat, obwohl der Vorschlag von den betroffenen Berufsgruppen heftig kritisiert wurde. Für eine Beurteilung der Wirkung dieser Maßnahme ist es noch zu früh, da die Regelung erst Anfang 2022 eingeführt worden ist. Sicher ist jedoch, dass die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie für die oben genannten Frauen langfristig zu spüren sein werden.

## UNZUREICHENDE EINBINDUNG VON FRAUEN IN DIE ENTSCHEIDUNGSPROZESSE ZUR BEWÄLTIGUNG DER PANDEMIE UND IHRER FOLGEN

Während Frauen im Kampf gegen die Pandemie an vorderster Front standen, waren sie an den Entscheidungsprozessen zur Lösung der Krise kaum beteiligt. Unter den elf Mitgliedern des von der französischen Regierung eingesetzten wissenschaftlichen Beirats sind nur zwei Frauen, die Notärztin Lila Bouadma und die Anthropologin Laëticia Atlani-Duault.

Abgesehen von der fehlenden Parität in Entscheidungsgremien waren Frauen während der Pandemie auch in den Medien wie von den Bildschirmen verschwunden. Der Hoher Rat für audiovisuelle Medien (CSA - Conseil supérieur de l'audiovisuel) stellte in einer Studie fest, dass sich die Präsenz von Frauen im Fernsehen während des ersten Lockdowns zwar nicht verändert habe (wobei sie allerdings schon vorher geringer war als jene der Männer), wohl aber die Präsenz von Expertinnen gesunken sei.<sup>40</sup> Das französische Rundfunkarchiv

ergänzt: „Während des Lockdowns hat die Redezeit von Frauen im Fernsehen und im Radio abgenommen.“<sup>41</sup> Die Dauerpräsenz der Männer spiegelte sich auch in der Veröffentlichung wissenschaftlicher Artikel wider, die viel häufiger von Männern als von Frauen verfasst wurden.<sup>42</sup>

Und leider war das Wiederaufbauprogramm der Regierung hauptsächlich auf die ökologische Wende und die Digitalisierung ausgerichtet. Dagegen enthielt es keine spezifischen Maßnahmen für Frauen und verwendete nicht einmal den Begriff „Frauen“, wie Frauenrechtsorganisationen kritisiert haben. Auch wenn die öffentliche Hand, wie bereits erwähnt, während der Lockdowns Maßnahmen ergriffen hat, um staatliche Dienstleistungen aufrechtzuerhalten und es den Hilfsorganisationen zu ermöglichen, weiterhin Frauen im Kampf gegen sexualisierte und sexuelle Gewalt sowie im Bereich der sexuellen Gesundheit und der Reproduktionsmedizin zu unterstützen, fehlte es an Maßnahmen zur Lösung der Krise, die sich direkt an Frauen richteten.

Im diesjährigen Präsidentschaftswahlkampf – dem ersten nach der #MeToo-Debatte – waren die politischen Parteien gefordert, zur Frage der Gleichstellung von Frauen und Männern Stellung beziehen, auch wenn dieses Thema in den Wahlkampfdebatten nicht, wie es eigentlich zu wünschen gewesen wäre, besondere Aufmerksamkeit fand. Dennoch sei erwähnt, dass die Kandidat\_innen aller linken Parteien die die Forderung von Frauenrechtsorganisationen unterstützen, die Bekämpfung von sexualisierter und sexueller Gewalt und insbesondere von Frauenmorden mit einer Milliarde Euro zu finanzieren. Im Gegensatz dazu wurde die Gleichstellung von Frauen und Männern von den Kandidat\_innen der Konservativen und der extremen Rechten nur aus dem Blickwinkel der Kriminalitätsbekämpfung aufgegriffen, wobei sie die Frauenrechte instrumentalisierten, um eine Verbindung zu den Themen öffentliche Sicherheit und Bekämpfung der Einwanderung herzustellen.

Um den Herausforderungen zur Verteidigung der Frauenrechte, wie sie während der Pandemie nochmals besonders sichtbar und akzentuiert wurden, zu begegnen, gibt es mehrere Ansatzpunkte:

- Erhebung von geschlechtsspezifischen Daten, um die unterschiedlichen Auswirkungen der Pandemie auf Frauen und Männer zu ermitteln;
- Erhöhung der für die Förderung der Frauenrechte und für Frauenrechtsorganisationen bereitgestellten öffentlichen Mittel und deren Verwaltung durch ein vollwertiges Ministerium;
- eine Milliarde Euro für die Bekämpfung von sexueller und sexualisierter Gewalt, wie von Frauenrechtsorganisationen gefordert, um die Zahl der Notunterkünfte zu erhöhen und die Ausbildung der Hilfskräfte zu verbessern;

<sup>38</sup> Vgl. Jérémie Peltier, „Fatigue de l'opinion“, in: Jean-Jaurès-Stiftung / CFDT (Hrsg.): *La société fatiguée*, 26. November 2021, S. 21; <https://www.jean-jaures.org/publication/une-societe-fatiguee/>.

<sup>39</sup> Joseph / Trostiansky (2021), S. 14.

<sup>40</sup> Vgl. CSA (2020): „La représentation des femmes dans les médias audiovisuels pendant l'épidémie de Covid-19“, 23. Juni 2020; <https://www.csa.fr/Informer/Collections-du-CSA/Observatoire-de-la-diversite/La-representation-des-femmes-dans-les-medias-audiovisuels-pendant-l-epidemie-de-Covid-19>.

<sup>41</sup> Rémi Uro / David Doukhan (2020): *Pendant le confinement, le temps de paroles des femmes a baissé à la télévision et à la radio*, ÉTUDE INA, 9. September 2020; <https://larevuedesmedias.ina.fr/temps-parole-femmes-hommes-confinement-tv-radio>.

<sup>42</sup> La Fondation des femmes (2021), S. 17.



- Verringerung der bestehenden Stadt-Land-Kluft beim Zugang zu Verhütungsmitteln und Schwangerschaftsabbrüchen durch eine bessere Finanzierung von Familienplanungsstellen;
- Förderung einer umfassenden Sexualerziehung;
- Umsetzung echter Lohngleichheit;
- Verlängerung des Vaterschaftsurlaubs und Reform des Erziehungsurlaubs;
- Parität in den Entscheidungsgremien und bei Wahlämtern;
- feministische Außenpolitik, um Frauenrechte in die internationalen Gremien zu tragen;
- Bindung jeglicher Finanzierung durch staatliche Mittel an die Förderung der Geschlechtergleichstellung, wie es der Hohe Rat für die Gleichstellung von Frauen und Männern in einem seiner Berichte empfiehlt, um die Geschlechterperspektive in allen Politikbereichen zu verankern.

Die neue Regierung von Emmanuel Macron wird sich mit all diesen Themen befassen müssen – von der Bekämpfung sexualisierter und sexueller Gewalt über die Stärkung der Rechte im Bereich der sexuellen Gesundheit und Reproduktionsmedizin, der beruflichen Gleichberechtigung, der Parität bis hin zur psychischen Gesundheit –, um die durch die Pandemie offenbarten Versäumnisse zu beheben. Gleichstellung – das „wichtigste Anliegen der Präsidentschaft“ – kann nicht noch weitere fünf Jahre warten.



## Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u.a. Archiv und Bibliothek

## IMPRESSUM

© 2022

**FES Paris**

41bis, bd. de la Tour-Maubourg

F-75007 Paris

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Titelmotiv: picture alliance/Westend61

Gestaltungskonzept: [www.bergsee-blau.de](http://www.bergsee-blau.de)

Umsetzung/Layout: [www.stetzer.net](http://www.stetzer.net)

## EUROPA

### Die Covid-Pandemie in Frankreich: Eine Bewährungsprobe für Frauenrechte

Diese Studie analysiert die Auswirkungen der Covid-Pandemie auf die Situation von Frauen in Frankreich: Zunahme der häuslichen und innerfamiliären Gewalt, erschwerter Zugang zu Verhütungsmitteln und begrenzte Möglichkeiten zur Abtreibung, fehlende Anerkennung der an vorderster Front stehenden Beschäftigten in den Pflegeberufen, Gefährdung von Arbeitsplätzen, negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit und mangelnde Vertretung von Frauen in den Entscheidungsgremien des Krisenmanagements. Auch wenn die öffentliche Hand mit verschiedenen Maßnahmen auf die Pandemie reagiert hat, blieben diese gemessen an den dringenden Bedürfnissen der Frauen unzureichend. Auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene wurden die unmittelbaren Auswirkungen schließlich nach und nach von den langfristigen Folgen überlagert, durch die die strukturellen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in der Gesellschaft weiter vertieft wurden. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, können verschiedene Hebel in Bewegung gesetzt werden, wie z. B. die Erhebung von geschlechtsspezifischen Daten, die Erhöhung der öffentlichen Mittel zum Schutz der Frauenrechte oder auch die "Gleichstellungskonditionalität", um die Genderdimension in allen Politikbereichen zu berücksichtigen.